

16.12.2014

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Unterrichtung durch die Landesregierung
Empfehlungen des „Runden Tisches G8/G9“

Verlässliche Weiterentwicklung – verbindliche Umsetzung

I. Schwarz-gelbe Schulzeitverkürzung belastete Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte

Die Einführung von G8 in NRW ist durch die damalige CDU/FDP Landesregierung falsch angelegt und miserabel umgesetzt worden. Im Juni 2006 wurde diese Schulzeitverkürzung vom Parlament beschlossen, im August 2006 galt sie schon für die neuen fünften Klassen der Gymnasien. Die Schulen hatten weder Lehrpläne noch Schulbücher geschweige denn Zeit, um diese Veränderung vorzubereiten. Auch die Kommunen konnten die baulichen Voraussetzungen, wie Mensen, nicht schaffen. Entsprechend schwierig und problematisch verlief die Umsetzung.

II. Verbesserungen im Dialog mit den Beteiligten

Die Umstellung hat den Schulen und Schulträgern, den Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften viel abverlangt, um das G8 an ihren Schulen erträglich zu machen. Es war daher nachvollziehbar und verständlich, dass sich 2010 die Verbände von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften, sowie der Vereinigungen der gymnasialen Schulleitungen in ihrer eindeutigen Mehrheit gegen eine verpflichtende Umstellung von G8 auf G9 aussprachen, da viele die Belastung durch eine erneute Umstellung als zu groß betrachteten. Die neue Regierung von SPD und Grünen hat den Schulen 2010 die einmalige Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 eröffnet. Nur 13 von über 600 Gymnasien entschieden sich schließlich dafür.

Datum des Originals: 16.12.2014/Ausgegeben: 16.12.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Gleichzeitig hat Schulministerin Löhrmann noch im Oktober 2010 zu einem ersten Runden Tisch eingeladen, um mit Vertreterinnen und Vertretern der Verbände und aus der Schulpraxis Verbesserungen für G8 zu erörtern. Es wurden sieben Handlungsfelder identifiziert und Handlungsempfehlungen benannt, mit denen konkrete Entlastungen erreicht werden sollten.

Im Juni 2013 hat der so genannte doppelte Abiturjahrgang, somit auch der erste G8-Jahrgang seine Abiturprüfungen erfolgreich abgeschlossen. Die Diskussion um die Sinnhaftigkeit der Schulzeitverkürzung war aber nicht beendet. Insbesondere mit der Entscheidung Niedersachsens, die Schulzeit an Gymnasien wieder auf neun Jahre zu erhöhen, wurde auch in NRW die Diskussion wieder entfacht. Das zeigt, dass die seinerzeit vereinbarten Verbesserungen noch nicht ausreichend und in allen Gymnasien umgesetzt sind.

Schulministerin Löhrmann hat deshalb im Mai 2014 erneut zum Runden Tisch gebeten, um einerseits auszuloten, ob der seinerzeitige breite Konsens zum Weiterbestand von G8 weiterhin trägt und wie die Handlungsempfehlungen besser umgesetzt und gegebenenfalls ergänzt werden können.

III. Empfehlungen des Runden Tisches

Der Runde Tisch entschied sich für einen intensiven Arbeitsprozess und bildete drei Arbeitsgruppen. Dort waren über die Eltern- und Lehrerverbände sowie die Landeschülerinnenvertretung hinaus auch Vertreterinnen und Vertreter von Kultur-, Musik- und Sportverbänden, der Landesjugendring, Kommunen, Kirchen und weitere am Schulleben Beteiligte vertreten, sowie die bestehenden Bürgerinitiativen gegen G8, die breiten Raum für ihre Positionierung erhielten. Die Arbeit in den verschiedenen Arbeitsgruppen war sehr intensiv, die Debatten wurden bis zum Schluss ergebnisoffen geführt.

Nach einem intensiven Arbeits- und Abwägungsprozess hat sich im Ergebnis eine sehr breite Mehrheit gegen eine Umstellung auf G9 und für weitere Optimierungen der Schulzeitverkürzung ausgesprochen und dafür konkrete Empfehlungen für die Politik erarbeitet. Zu dieser breit getragenen Einschätzung hat auch beigetragen, dass wir in NRW mit dem G9 an den integrierten Schulen eine Alternative für Eltern und Schülerinnen und Schüler bieten, die grundsätzlich eine 9-jährige Schulzeit in der weiterführenden Schule wünschen. Dies wurde durch den Schulkonsens von 2011 gestärkt.

Die Empfehlungen für eine verbindliche Weiterentwicklung des G8 sind ein 10-Punkte umfassendes Maßnahmenpaket von der Verringerung des verpflichtenden Stundenvolumens in der Sekundarstufe I auf 158 Stunden – also dem Stundenvolumen der anderen Schulformen – über die Begrenzung bei Hausaufgaben und Klassenarbeiten bis hin zur notwendigen Neuausrichtung von Lehrplänen und Beratungsangeboten.

Die Empfehlungen enthalten wichtige, zielführende Anregungen insbesondere zum Verhältnis Schulzeit-Freizeit, zur besseren individuellen Förderung durch die Verwendung der Ergänzungsstunden und zur Entwicklung von Lernzeitkonzepten. Diese müssen nun schnell in die Praxis umgesetzt werden. Ihre Umsetzung muss, wie in Empfehlung 10 ausgeführt, verbindlicher als bislang angelegt werden, damit sie auch in der Fläche und an allen Gymnasien im Land wirksam werden. Außerdem enthalten die Empfehlungen wichtiger Anregungen, die näher zu prüfen sind oder eine Weiterbearbeitung bedürfen, so die Entwicklung einer Anerkennungskultur, damit auch außerschulische Leistungen von der Schule anerkannt werden können. Dies bezieht sich ausdrücklich auf alle Schulformen.

Der Landtag begrüßt, dass in einem breiten Dialogprozess alle Beteiligten im Runden Tisch und seinen Arbeitsgruppen intensiv über G8/G9 beraten haben.

Der Landtag teilt die Einschätzung der breiten Mehrheit des Runden Tisches, dass ein erneuter Systemwechsel auf G9 die Schulen übermäßig belasten würde.

Der Landtag nimmt die Empfehlungen zur verbindlichen Weiterentwicklung des G8 zustimmend zur Kenntnis. Sie sichern die Qualität gymnasialer Bildung und schaffen gleichzeitig Entlastung für Schülerinnen und Schüler.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- schnellstmöglich die Schulen über die Handlungsempfehlungen zu informieren,
- die Schulaufsicht vor Ort an der Umsetzung und Evaluation der Empfehlungen zu beteiligen,
- den Schulen einen pädagogischen Tag zu ermöglichen, bei dem sie die Umsetzung der Empfehlungen beraten- gemeinsam mit Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern,
- die Schulen aufzufordern, verbindliche Schulkonferenzbeschlüsse zu Lernzeiten, schulinternen Lehrplänen und weiterer Empfehlungen herbeizuführen,
- die Qualitätsanalyse im Jahr 2015 schwerpunktmäßig an den Gymnasien zu nutzen, um Schulen zur guten Zeitgestaltung zu beraten,
- das Landesinstitut QUA-LiS zu beauftragen, Beispiele gelingender G8-Gestaltung zu sichten und die Erfahrungen allen Schulen zugänglich zu machen, hierzu gehört auch die Entwicklung von Beispielcurricula,
- die notwendige Anpassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen für das Schuljahr 2015/2016 vorzunehmen, insbesondere beim Hausaufgaben- und beim Ganztagsunterricht,
- die Prüfungen hinsichtlich der Anzahl der Klassenarbeiten und der alternativen Form der Leistungsbewertung vorzunehmen,
- eine Anerkennungskultur für alle Schulformen zu entwickeln,
- die Umsetzungen der Empfehlungen zu evaluieren und
- dem Landtag nach einem Jahr über die Umsetzung der Empfehlungen zu berichten.

Norbert Römer
Marc Herter
Eva-Maria Voigt-Küppers
Renate Hendricks

und Fraktion

Reiner Priggen
Sigrid Beer

und Fraktion